

Bauernbund Brandenburg: Geschäftsbericht 2005

Liebe Berufskollegen,

was macht der Bauernbund Brandenburg eigentlich? Diese Frage dürfen sich die Mitglieder zu Recht stellen, die ihm angehören und Beiträge zahlen. Denn in der Tat: Das normale Mitglied bekommt nicht wirklich viel mit von unserer Arbeit, bis auf den Rundbrief vom Dachverband und ab und zu vielleicht mal eine Pressemeldung in der Zeitung. Wer E-Mail hat, ist da schon etwas besser informiert, im Spreewald und im Oderland haben wir letztes Jahr mal Vorstandssitzungen in den Regionen veranstaltet, die gut besucht waren, aber sonst ist die jährliche Mitgliederversammlung hier in Falkenrehde die einzige Chance für uns Aktive, unsere Arbeit der Basis vorzustellen, und die will ich auch gerne nutzen. Vorab: Wir machen nicht viel oder viel zu wenig gemessen an dem, was eine landwirtschaftliche Berufsvertretung in Zeiten wie diesen eigentlich alles machen müsste. Aber es sind nun mal begrenzte Ressourcen, über die wir verfügen und mit denen wir Schwerpunkte setzen, wobei wir hoffen, dass es die richtigen sind, auch in Ihrem Sinne! Beurteilen Sie das bitte selber, und im Anschluss besteht ja die Möglichkeit zur Aussprache darüber.

Zunächst die Struktur- und Bodenpolitik: Hier haben wir im vergangenen Jahr ein Thesenpapier formuliert und unsere Forderungen auf der Grünen Woche erstmals Herrn Dr. Woidke und Herrn Schubert vorgestellt. Dabei sind wir noch nicht zu endgültigen Ergebnissen gekommen, aber wir werden ein weiteres Gespräch führen und dann feststellen, ob zumindest in einigen wichtigen Punkten Übereinstimmung erzielt werden kann.

Unsere Kernaussagen im Thesenpapier: Eine breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden und eine bodenständige bäuerliche Landwirtschaft sind die beste Gewähr für Arbeit, Wertschöpfung und Reinvestition der Gewinne im ländlichen Raum. Die Bevorzugung der LPG-Nachfolgebetriebe gegenüber bäuerlichen Betrieben bei der Vermögensauseinandersetzung, der Altschuldenregelung sowie der Vergabe von BVVG-Flächen gefährdet genau diese Grundlagen ländlicher Wirtschaftsstruktur in Brandenburg: Ortsfremde Kapitalgeber steigen in die Großbetriebe ein, die immer seltener als Genossenschaft weitergeführt werden. Ortsfremde Geldanleger erwerben in großem Umfang landwirtschaftliche Flächen und zeigen bis auf Pachtzins oder Eigenjagd kein Interesse an deren weiterer Nutzung. Die Unkenntnis über Standort und Zustand der in großen Feldblöcken verstreut liegenden Flächen fördert die Bereitschaft der ortsansässigen Eigentümer, sich von ihrem Besitz zu trennen.

Soweit die Lagebeschreibung. Damit das nicht so bleibt, fordern wir:

Bei der Verpachtung von BVVG-Flächen muss Chancengleichheit für bäuerliche Betriebe hergestellt werden, indem bestehende kurzfristige Pachtverträge auf insgesamt 18 Jahre verlängert werden. Der überwiegende Teil der bäuerlichen Betriebe wurde in der ersten Pachtrunde gezielt von der Verpachtung ausgeschlossen. Wer in späteren Jahren noch zum Zuge kam, erhielt nur kurzfristige Pachtverträge, hatte also im Gegensatz zu den LPG-Nachfolgebetrieben weder die Chance, über einen Pachtzeitraum von 18 Jahren Kapital anzusparen, noch die Möglichkeit, die Flächen nach EALG vergünstigt zu erwerben. Diese bewußt hervorgerufene Wettbewerbsverzerrung könnte man durch Verlängerung der kurzfristigen Pachtverträge zumindest abmildern.

Beim Verkauf von BVVG-Flächen wollen wir eine breite Streuung des Eigentums:

- 1.) Verkauf von maximal 6000 Bodenpunkten pro Käufer. Das entspricht bei 40er Boden einer Fläche von 150 Hektar und dient dem Zweck, dass nicht zu große Einheiten

entstehen. Die Regelung gilt bisher bei Verkäufen nach EALG - unser Ziel ist, sie auf alle Verkäufe von BVVG-Flächen auszudehnen.

- 2.) Verkauf nach Ausschreibung in Losen von maximal 600 Bodenpunkten. Das entspricht bei 40er Boden einer Fläche von 15 Hektar und dient dem Zweck, dass auch Käufer mit geringer Kapitalbasis mitbieten können.
- 3.) Verkauf nur an natürliche Personen, die ortsansässig sind oder werden. Das dient dem Zweck, die Eigentumsstruktur im ländlichen Raum zu stärken.
- 4.) Kein Verkauf an Betriebe bzw. Teilhaber von Betrieben, die Altschulden haben oder denen Altschulden erlassen wurden. Es kann doch nicht angehen, dass Betriebe, die nicht in der Lage waren, ihre Schulden zu bezahlen, und die mit dem Ziel der Existenzsicherung durch die Stornierung bzw. den Erlass der Schulden bereits erheblich subventioniert wurden, jetzt mit dem geschenkten Geld munter Ländereien aufkaufen, natürlich vergünstigt, während der wirtschaftlich gesunde Privatbauer, der seine Schulden ehrlich zurückzahlt, leer ausgeht.
- 5.) Ersatzloser Wegfall der EALG-Regelung, wonach lediglich bis zu 50 % der 1994 bewirtschafteten Pachtfläche erworben werden darf. Das ist eine völlig schwachsinnige Regelung, die damals nur den Zweck hatte, Privatbauern auszubremsen, da sie im Stichjahr natürlich einen geringeren Pachtlandanteil hatten als die LPG-Nachfolgebetriebe.

Weiter wünschen wir uns, dass die Bewegungen auf dem Bodenmarkt auf freiwilliger Basis in eine gesunde Richtung gelenkt werden:

- 1.) Zeitliche Streckung der Flurneuordnung statt Erhöhung der Eigentümerbeiträge, keine Flurneuordnung ohne zahlen- und flächenmäßige Mehrheit der Eigentümer. Das soll verhindern, dass durch zwangsweise Flurneuordnung Eigentümer, die ihre Beiträge nicht bezahlen können, gezwungen werden zu verkaufen. Da der Bodenmarkt stark in Bewegung ist, würde die zeitliche Streckung außerdem dazu führen, dass später angegangene Verfahren mit weniger Beteiligten, also kostengünstiger durchgeführt werden können.
- 2.) Ausbau des freiwilligen Flächentauschs grunderwerbssteuerbefreit durch die Ämter für Flurneuordnung. Das weist den dadurch unterbeschäftigten Ämtern für Flurneuordnung sinnvolle neue Aufgaben zu: Durch die kostenlose Abgabe von Kombinationskarten aus digitalisierten Katasterplänen und Agrovie-Luftbildern können die Eigentümer landwirtschaftlicher Flächen über deren Standort informiert und zum freiwilligen Flächentausch angeregt werden. Die Übernahme der Vertragsdurchführung und Grunderwerbssteuerbefreiung beim freiwilligen Flächentausch sollte dabei auf alle Eigentümer landwirtschaftlicher Flächen ausgedehnt werden.

Liebe Berufskollegen, das sind unsere Forderungen, damit sind wir wie gesagt im Januar an das Ministerium herantreten und werden in weiteren Gesprächen versuchen, einen Konsens über die Zukunft des Bodens in Brandenburg zu erreichen. Ich hoffe sehr, dass uns das zumindest teilweise gelingt und wir auf diese Weise die Chancen unserer Betriebe im Konkurrenzkampf um den Boden verbessern können.

Gerd Schiele und Manfred Wercham kümmern sich übrigens im Oderland um den Verbleib der sogenannten U-Flächen, also mit unbekanntem Besitzer, Jens Gerloff aus der Ostprignitz befasst sich anhand eines Falls in seiner Nähe mit der Verkaufspraxis der Brandenburgischen Bodengesellschaft, in beiden Fällen geht es auch um die staatliche Verwaltung ehemals privaten Grundeigentums. Außerdem werden Karsten Jennerjahn und ich in diesem Frühjahr ein Gespräch beim Generalsuperintendenten Schulz in Potsdam führen, um die Verpachungskriterien für Kirchenland in Erfahrung zu bringen, die nach den Erfahrungen

vieler unserer Mitglieder nicht immer etwas mit christlicher Bruderliebe zu tun haben. Das aber nur am Rande.

Nächstes Thema: Die Lage der Rinderhaltung in Brandenburg bleibt schwierig, was darin zum Ausdruck kommt, dass große Grünlandflächen brach liegen oder nur noch sehr nachlässig, andere sagen extensiv, bewirtschaftet werden.

Auf dem Milchmarkt wird die Quote nicht, wie wir seit Jahren fordern, gezielt eingesetzt, um die Preise zu stabilisieren, sondern noch immer weiter aufgestockt – die nächste Runde ist für 2009 geplant – was erkennbar dem Zweck dient, sie auf Dauer wertlos zu machen und abzuschaffen. Hier sind wir uns mit dem Ministerium einig, dass eine Abschaffung der Saldierung auf Molkereiebene und eine Beibehaltung von Börsengebieten, maximal alle neuen Bundesländer zusammen, der richtige Weg ist, um den Druck wenigstens etwas abzufedern. Eine echte Perspektive für die Milcherzeuger ist das natürlich nicht. Aus unserer Sicht führt kein Weg vorbei an der Bildung von Erzeugergemeinschaften, die auf gleicher Augenhöhe mit den Molkereien verhandeln können. Die Molkereien sind unsere Gegner in diesem Spiel, auch wenn von interessierter Seite immer noch der Mythos der bäuerlichen Genossenschaft hochgehalten wird. Die Strukturen, die wir jetzt haben, sind schlimm genug, auf keinen Fall brauchen wir größere Molkereien, denn je weniger Abnehmer bleiben für die Milch, desto schlechter wird die Verhandlungsposition für die Erzeugergemeinschaften.

Bei Rindfleisch sieht die Situation auf den ersten Blick besser aus. Dennoch sind wir noch weit entfernt davon, dass man mit Rindfleisch gutes Geld verdienen könnte, dass wieder in nennenswertem Umfang investiert würde und neue Existenzen entstünden – und das muss doch das Ziel sein. Noch immer liegt der Pro-Kopf-Konsum mehr als ein Viertel unter dem Stand von vor zehn Jahren, das Rind ist raus aus den Wurstrezepturen und Fertiggerichten, raus aus den Cateringdiensten und Großkantinen, und da kommt es nicht wieder rein ohne eine offensive Auseinandersetzung mit dem Thema BSE. Als ich für unsere BSE-Pressekonferenz letzten November die Verpflegung bestellte, fragte mich der Gastronom: Sie wollen also Rindfleisch auf die Brötchen? Das haben wir nicht im Programm, aber selbstverständlich können wir das möglich machen. Fast hätte er noch gesagt: Wir haben auch Straussenfleisch oder Krokodilfleisch, aber nun gut – Rindersalami, Rinderschinken, Corned Beef, wenn Sie unbedingt wollen, der Kunde ist König, selbstverständlich ...

Wir haben übrigens dem brandenburgischen Landwirtschaftsministerium vorgeschlagen, zum 5. Jahrestag von BSE im November gemeinsam mit uns ein Rindfleisch-Kochbuch herauszugeben und dafür ein detailliertes Konzept vorgelegt, nachdem Herr Dr. Woidke uns vor einem Jahr hier angedeutet hatte, er könnte sich eine Zusammenarbeit vorstellen. Die Antwort war ernüchternd, wegen der aktuellen Haushaltslage, schrieb mir der Pressesprecher, könne zur Zeit eine solche Publikation nicht ins Auge gefasst werden. Ungefähr zur selben Zeit flatterte mir eine bunte Broschüre des Ministeriums über vom Aussterben bedrohte Haustierrassen ins Haus, Sattelschweine, Pommerngänse und so weiter. Ich will das Thema hier nicht weiter vertiefen, aber ich hoffe, dass die Rinderhalter darüber nicht aussterben und wir bei unserem nächsten Gespräch in der Frage Rindfleischmarketing vielleicht ein Stück weiter kommen.

Den 5. Jahrestag des ersten BSE-Falls in Deutschland haben wir also als Bauernbund alleine gefeiert, bzw. mit dem Deutschen Bauernbund zusammen, für den wir als Brandenburger am 22. November 2005 in Berlin eine Pressekonferenz organisiert haben. Im Podium: Natürlich unser Bauernpräsident Kurt Klamroth, dann Professor Roland Scholz, Molekularbiologe aus München und einer der renommiertesten Kritiker der BSE-Hysterie, außerdem Bauer Peter Lorenzen aus Schleswig-Holstein, der den ersten BSE-Fall hatte, und meine Wenigkeit.

Unsere Forderung: ein klares Bekenntnis der Politik zum Rindfleisch, Abschaffung der BSE-Tests und Auflösung der zentralen Rinderdatenbank. Und die Begründung: Wenn man fünf Jahre lang testet und bei der Keulung der mit demselben Futter aufgewachsenen Kohorte eines BSE-Falls wird regelmäßig kein weiterer BSE-Fall festgestellt, muss man irgendwann die Konsequenz ziehen und zugeben, dass BSE nichts mit Essen zu tun hat, dass die ganze Testerei und Keulerei überflüssig ist und Rindfleisch zu keiner Zeit eine Gefahr für die Gesundheit dargestellt hat. Ich denke, wir haben uns wacker geschlagen, 20 Journalisten waren da, ihre Resonanz war überwiegend positiv, aber die ganz große Breitenwirkung, die wir uns über die Agenturen erhofft hatten, blieb aus, denn just an diesem Tag kochte der Gammelfleisch-Skandal hoch und zwei Fleischthemen auf einmal hatten keine Chance. Pressearbeit ist halt ein bisschen wie Ackerbau: Man kann alles richtig machen, und am Ende verhagelt es einem doch die Ernte.

Natürlich lassen wir uns dadurch nicht entmutigen, wir bleiben dran am Thema, schmieden neue Bündnisse, denn inzwischen merken auch andere, dass die ganzen Hysterien um die Tierhaltung in eine Sackgasse führen.

Stichwort: Vogelgrippe. Als Zwischen-Minister Trittin im Oktober 2005 die Stallpflicht verhängte, waren wir die erste landwirtschaftliche Organisation überhaupt, die noch am selben Tag reagiert hat, in ganz vielen Medien zu lesen – damals hatten wir also mehr Glück – ich zitiere mich mal selber: Durch die Vogelgrippe ist bislang weder eine größere Gefahr für Mensch und Tier erkennbar als bei früheren Grippewellen, noch ist erkennbar, dass sich aufgrund der Stallpflicht die Gefahr wesentlich verringern würde. Hinter den staatlichen Zwangsmaßnahmen verbirgt sich, ähnlich wie bei BSE, die widernatürliche Wahnvorstellung einer total kontrollierten keimfreien Landwirtschaft, die uns immer mehr überflüssige Bürokratie beschert. In Wirklichkeit geht es um knallharte wirtschaftliche Interessen von Wissenschaftseinrichtungen und Forschungslabors, die auf Kosten der Bauern und Verbraucher ihre Existenzberechtigung sichern wollen. Zitat Ende. Dem ist auch heute nichts hinzuzufügen.

Wir haben kürzlich wieder eine Pressemitteilung herausgegeben zusammen mit dem ökologischen Anbauverband Gäa und den Umweltverbänden NaBu und Grüne Liga – wie gesagt: wir stehen nicht allein mit unserer kritischen Haltung – und haben darin vor einer Neuauflage der Stallpflicht gewarnt, leider vergeblich. Ich bin aber überzeugt, dass es immer wichtiger wird, Bündnispartner zu suchen, denn das geht mit der Tierhaltung immer so weiter. Ich habe mich im Sommer mit den noch im Planungsstadium befindlichen Richtlinien zur Bekämpfung der Paratuberkulose befassen dürfen, einer ziemlich unbedeutenden Rinderkrankheit, die angeblich etwas mit der Erkrankung Morbus Cron beim Menschen zu tun haben soll. Liebe Berufskollegen, wenn Sie das lesen, was sich Veterinärbürokraten da ausgedacht haben, dann können wir unsere Milchviehbetriebe dichtmachen, weil es nämlich allesamt infektiöse Drecklöcher sind, von der hochinfektiösen Mutterkuhhaltung im Freien wollen wir gar nicht reden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist das Thema Gentechnik. Die Position des Bauernbundes dazu ist klar, völlig ideologiefrei und ausschließlich an den Interessen der Landwirtschaft orientiert. In den Eckpunkten zur Bundestagswahl ist das wie folgt formuliert: Aus Sicht der landwirtschaftlichen Praxis gibt es keinen Bedarf an gentechnisch verändertem Saatgut. Die bisher bekannten Anwendungen sind im wesentlichen geeignet, ackerbauliche Fehler kurzfristig auszugleichen, stellen aber keine Lösung für die durch fehlerhafte Bewirtschaftung hervorgerufenen Probleme dar. Mit der Gentechnik käme auf die Betriebe eine Vielzahl rechtlicher Probleme zu, von Haftungsfragen im Zusammenhang mit den Ansprüchen der ohne Gentechnik wirtschaftenden Nachbarn bis zu

Schadensersatzforderungen der Bodeneigentümer wegen Wertminderung ihrer Flächen. Verbraucher und Lebensmittelindustrie lehnen Gentechnik überwiegend ab, so dass unsere Landwirtschaft Gefahr läuft, Marktanteile zu verlieren. Eine weitere Gefahr ist die Abhängigkeit von wenigen großen, international agierenden Anbietern gentechnisch veränderten Saatguts, die gleichzeitig die passenden Pflanzenschutzmittel verkaufen. Gentechnik ist deshalb keine Zukunftstechnologie für die deutsche Landwirtschaft.

Wir werden immer wieder von den Gentechnik-Gegnern angefragt, ob wir nicht mitdiskutieren und mitdemonstrieren wollen, vor allem Bringfried Wolter ist da in seiner Region ganz aktiv, aber man kann diese Termine gar nicht alle wahrnehmen, und ich antworte den Leuten dann immer: Was wollt Ihr überhaupt, die Bauern demonstrieren doch schon gegen die Gentechnik, indem sie das Zeug einfach nicht kaufen. 99,9 Prozent der Maisfläche werden mit konventionellen Sorten bestellt, obwohl die Industrie händeringend nach Abnehmern sucht. Und dieses offenkundige Desinteresse hat sicher nicht nur mit Diskussionen und Demonstrationen zu tun, sondern vor allem damit, dass in der Gentechnik kein Nutzen gesehen wird, aber jede Menge offene Fragen. In der Bauernzeitung, die eher nicht verdächtig ist, Gentechnik zu verteufeln, waren im Dezember die Ergebnisse einer Diplomarbeit über den Einsatz von Gentechnik in den USA zu lesen und darin heißt es: „Die ökonomische Betrachtung auf landwirtschaftlicher Ebene bringt erst einmal ein nüchternes Ergebnis. Nach Auswertung zahlreicher Studien zeigt sich, dass sich der Anbau gentechnisch veränderter Sorten, von Ausnahmen abgesehen, nicht positiv auf Ertrag und Gewinn auswirkt.“ Das wird dann im einzelnen ausgeführt für Soja, Mais, Raps und Baumwolle – die Bilanz von zehn Jahren Gentechnik-Einsatz in den USA.

Aber die Lobbyisten aus der Industrie, die mit ihr verbandelten Politiker und leider auch der Landesbauernverband werden nicht müde, Zukunftschancen zu beschwören, wo keine sind. Das Zauberwort heißt „friedliche Koexistenz“ von konventioneller Landwirtschaft, ökologischer Landwirtschaft und als harmloser Dritter im Bunde gesellt sich dann noch die gentechnisch veränderte Landwirtschaft dazu. Dabei weiß jeder Praktiker, dass die Abstandsgrenzen, die sich beim Mais noch realisieren lassen, spätestens beim Raps der Vergangenheit angehören werden. Der patentierte Pollen fliegt wohin er will.

Der Begriff „friedliche Koexistenz“ ist verräterisch, weil er schonmal eine ähnliche Bedeutung hatte. Ich zitiere aus einem Lexikon, das 1984 in Moskau herausgegeben wurde: „Das Prinzip der friedlichen Koexistenz beschreibt eine spezifische Form des Klassenkampfes gegen die bürgerliche Ideologie“. Liebe Berufskollegen, der Vergleich hinkt – natürlich, sonst wäre er kein Vergleich – aber glauben wir doch bitte nicht, dass Monsanto, Pioneer + Konsorten ein Interesse daran haben, dass irgendwo auf der Welt neben ihrem Eigentum noch ein Körnchen Saatgut eingesetzt wird, das ihnen nicht gehört und für das sie keine Gebühren kassieren können. Gentechnik ermöglicht eben auch die Kennzeichnung von Saatgut als patentiertes Eigentum mit allen Verwertungsrechten, die daraus folgen, bis hin zur ausgefallenen Saat. Entsprechende Prozesse gegen Bauern, die nicht zahlen, gibt es in Amerika bereits.

Schließlich noch ein Thema, das uns aus den globalen Verstrickungen wieder in die märkische Steusandbüchse zurückholt: Das Wasser. Immer wieder erhalten wir Anfragen und Unmutsäußerungen von Mitgliedern über die von den Kommunen mit den Umlagen der Wasser- und Bodenverbände erhobenen Verwaltungsgebühren. Seit der Verabschiedung des 2. Kommunalentlastungsgesetzes wird die Gebührenerhebung derart unterschiedlich gehandhabt, dass man sie als willkürlich empfinden muss. In einigen Fällen erreichen die Verwaltungsgebühren sogar die Größenordnung der von den Wasser- und Bodenverbänden gemeldeten Umlagen.

Wir haben dieses Thema beim brandenburgischen Landwirtschaftsministerium angesprochen im Zusammenhang mit der Wasserrechtsnovelle und sind da leider nicht weiter gekommen, weil es aus verwaltungsrechtlichen Gründen nicht möglich ist, eine solche Gebührenerhebung im Wassergesetz zu regeln. Deshalb haben wir inzwischen Kontakt aufgenommen mit dem für die Kommunalaufsicht zuständigen Innenministerium und einen Runderlass vorgeschlagen, in dem das Innenministerium darauf hinweist, dass die Umlagen der Wasser- und Bodenverbände grundsätzlich mit den Beitragsbescheiden zur Grundsteuer zu versenden sind, so dass kein zusätzlicher Aufwand entsteht bzw. geltend gemacht werden kann. Dies wird von vielen Kommunen bereits so praktiziert, zur Zufriedenheit der Landbesitzer. Der Erlass müsste außerdem darauf hinweisen – so unser Vorschlag – dass eine Erhebung von Verwaltungsgebühren, sofern diese für notwendig gehalten wird, daher in jedem Fall einer gesonderten, für den Landbesitzer nachvollziehbaren Begründung bedarf. Diese kann natürlich nicht darin bestehen, dass Verwaltungsgebühren erhoben werden müssen, weil so viele Widersprüche gegen Verwaltungsgebühren zu bearbeiten sind.

Liebe Berufskollegen, soweit mein Bericht zu den Dingen, an denen wir arbeiten. Der eine oder andere mag sich nun fragen, ob wir den Rinderwahn und die Gentechnik nicht überbewerten in unserer Arbeit. Sind das vielleicht die Hobbies des Vorstands oder des Geschäftsführers? Ich möchte Ihnen kurz darstellen, warum diese beiden Themen über ihre engere Bedeutung hinaus für die Zukunft unseres Berufsstandes entscheidend sind. Es geht nämlich um nicht weniger als um die Frage, ob und wie Landwirtschaft sich künftig gegen Bürokratie und Industrie behaupten kann in unserer Gesellschaft.

Unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Subventionskontrolle zwingt die BÜROKRATIE den Landwirtschaftsbetrieben einen enormen Dokumentationsaufwand auf. Die Beweislast wird umgekehrt, nicht der Staat muss nachweisen, dass der Landwirt gegen die Gesetze verstoßen hat, sondern der Landwirt muss jederzeit nachweisen können – und zwar bis ins kleinste Detail – dass er sich an die Gesetze gehalten und darüber hinaus noch gute fachliche Praxis geübt hat. Statt der im Rechtsstaat üblichen Unschuldsvermutung steht der Berufsstand – Frau Künast sei Dank – generell unter einem Anfangsverdacht, die Menschheit vergiften oder Steuergelder erschleichen zu wollen.

Unter dem Deckmantel der Welternährung und des technischen Fortschritts versucht die INDUSTRIE den Betrieben geschlossene Produktionssysteme zu verkaufen, die von gentechnisch verändertem Saatgut bis zu den dazugehörigen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln reichen. Teilweise gibt es auch schon zusammenhängende Strukturen, die auch die Abnahme der damit produzierten Rohstoffe übernehmen, etwa die enge Kooperation von Monsanto und Märka in Brandenburg. Durch die daraus folgende landwirtschaftliche Praxis sowie über das Patentrecht entsteht auf die Dauer eine totale Abhängigkeit der Landwirtschaftsbetriebe von der Industrie.

Beides greift wunderbar ineinander: Die Konzentration von Anbietern und Abnehmern sowie die damit einhergehenden industriellen Produktionssysteme begünstigen eine lückenlose Darstellung von Input und Output und werden mühelos den bürokratischen Anforderungen an Dokumentation und Kontrolle gerecht. Gläserne Produktion in einer totalen Vertragslandwirtschaft! Und der Bauer ist nicht mehr freier Unternehmer, sondern nur noch der Arsch, der Acker und Arbeit zur Verfügung stellt.

Das, liebe Berufskollegen, das sind die Aussichten, wenn wir alles schlucken und glauben und nichts dagegen tun! Deshalb ist es wichtig, dass der Bauernbund immer wieder den Finger in die Wunde legt und fragt: Was ist an unseren Tieren eigentlich so gefährlich, dass der Staat

sie besser kontrollieren muss als entlassene Schwerverbrecher? Und was ist denn an gentechnisch veränderten Pflanzen so segensreich, dass wir überall und immer wieder zu hören bekommen, wir könnten ohne Gentechnik in wenigen Jahren nicht mehr wirtschaftlich produzieren?

Wir leben in einer offenen Gesellschaft und einer komplexen Wirtschaft, und daraus folgt leider, dass wir uns auch als Bauern ab und zu etwas sagen lassen müssen. Und was noch schlimmer ist: von Leuten, die uns was zu sagen haben. Aber – und da sind wir uns sicher alle einig – diese unerfreulichen Momente des Bauernlebens wollen wir doch wirklich auf das Allerallernotwendigste begrenzen. Und vor allem – auf UNSEREN Höfen möchten gerne WIR das Sagen behalten.

Dafür steht der Bauernbund. Dankeschön.

Reinhard Jung